

Göttingen / [Personalausschuss](#)

18:23 Uhr / 18.06.2018

Neues Rathaus soll Unisex-Toilette bekommen

Die Ratsgruppe aus Piraten und Die Partei schlägt eine „All-Gender-Toilette“ für das Neue Rathaus vor. Einen entsprechenden Antrag hat die Gruppe am Montag im Personalausschuss eingebracht.



„All-Gender-Toilette“ fürs Rathaus. Quelle: DPA

Göttingen. Das Prinzip einer „All-Gender-Toilette“ oder auch „Uni-Sex-Toilette“ ist einfach: Eine Trennung von Geschlechtern, gibt es nicht. Die öffentliche Toilette kann von allen Personen, unabhängig von ihrer geschlechtlichen Identität, genutzt werden.

Für Rotter trägt so eine „All-Gender-Toilette“ oder „Uni-Sex-Toilette“ auch dazu bei, Diskriminierung vorzubeugen. Sie sei ein „kleiner Schritt, Selbstverständlichkeiten in den Alltag“ zu bringen. Menschen mit unterschiedlichen geschlechtlichen Identitäten sollten sich sicher fühlen.

Wertschätzung der menschlichen Vielfalt

„Die Umsetzung des Gleichstellungsgedankens kann und muss auf vielerlei Ebenen stattfinden“, heißt es in dem Antrag. So handele es sich bei der Einrichtung einer „All-Gender-Toilette“ sowohl um „eine logische und praktische Handlung“ aus diesem Gedanken heraus, als auch „gleichsam um einen symbolischen Akt“, der die Wertschätzung der menschlichen Vielfalt zum Ausdruck bringe.



Dana Rotter von den Piraten hat den Antrag zur „All-Gender-Toilette“ im Personalausschuss eingebracht. Quelle: r

In ihrem Antrag verweist die Ratsgruppe auf die [2016](#) von Oberbürgermeister Rolf-Georg Köhler (SPD) für die Stadt Göttingen unterzeichnete [Charta der Vielfalt](#) und damit gezeigte Bereitschaft, das Thema „Diversity“ (Vielfalt) „fest verankern“ zu wollen. Auch die Uni Göttingen beschäftigt sich mit dem Thema und habe einen

entsprechenden Vorsprung in der Umsetzung von Diversity in den verschiedenen Bereichen des Arbeitsalltags.

„Sie kann hier für die Stadt Göttingen sicherlich auch Vorbildfunktion und Orientierungspunkt sein“, heißt es in dem Antrag. Auch soll die Verwaltung nun prüfen, „welche weiteren öffentlichen städtischen Gebäude für die Einrichtung einer „All-Gender-Toilette“ in Frage kommen.

Lösungen für den öffentlichen Raum

2017 hatte die damalige Sozialministerin Cornelia Rundt (SPD) [festgestellt](#), dass Toiletten nur für Frauen oder Männer „trans* und intergeschlechtliche Menschen“ diskriminierten. Das gelte besonders für öffentliche Toiletten und Toiletten in öffentlichen Einrichtungen. Aus Sicht der Landesregierung sei es wünschenswert, so Rundt damals, im öffentlichen Raum Lösungen zu finden, um diese Diskriminierung zu vermeiden – etwa durch Schaffung und entsprechender Kennzeichnung von Unisex-Toiletten.

Ellen Fischer-Kallmann (SPD) regte an, dass die Verwaltung den Vorschlag einer „All-Gender-Toilette“ bei dem [geplanten Umbau des Neuen Rathauses](#) berücksichtige. Sie riet zudem davon ab, eine solche Toilette in bestehenden „Behinderten-Toiletten“ einzurichten. „Diese Menschen sind nicht behindert“, sagte sie.

Von Michael Brakemeier